



## Medienmitteilung

Luzern, 15. April 2026

### VSPB kritisiert geplante Delegation von Vollzugsaufgaben an Private

Der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB lehnt die im Wallis beschlossene Möglichkeit klar ab, Aufgaben im Straf- und Massnahmenvollzug an private oder halbprivate Akteure zu delegieren. Aus Sicht des VSPB gehören sicherheitsrelevante und hoheitliche Aufgaben in die Verantwortung des Staates und nicht in die Hände privater Firmen oder Sicherheitsunternehmen.

Mit der Gesetzesänderung wird der Spielraum erweitert, um öffentliche oder private Stellen mit Aufgaben in den Bereichen Betreuung, Gesundheit, Sicherheit und Transport zu betrauen. Für den VSPB ist diese Entwicklung aus rechtsstaatlicher und sicherheitspolitischer Sicht problematisch.

«Der Straf- und Massnahmenvollzug ist keine Spielwiese für private Anbieter. Wo der Staat Freiheitsrechte einschränkt, muss er auch die Verantwortung selbst tragen», hält der VSPB fest. Der Vollzug von Strafen und Massnahmen ist eine staatliche Kernaufgabe. Er verlangt klare Verantwortlichkeiten, demokratische Kontrolle, professionelle Standards und eine Ausbildung, die sich am öffentlichen Auftrag orientiert und nicht an wirtschaftlichen Interessen.

Besonders kritisch beurteilt der VSPB, dass mit der neuen Regelung nicht nur unterstützende Leistungen, sondern potenziell auch sensible Bereiche wie Sicherheit und Betreuung ausgelagert werden können. Gerade dort braucht es Erfahrung, Verhältnismässigkeit, Verlässlichkeit und eine klare Einbettung in staatliche Strukturen. Diese Verantwortung darf nicht schrittweise an externe Anbieter abgegeben werden. Im Jahr 2006 hat der VSPB der Universität Bern ein Gutachten in Auftrag gegeben: «Auslagerung von sicherheitspolizeilichen Aufgaben auf private Sicherheitsunternehmen in der Schweiz.» Die Kernaussage lautete: «Je mehr man in die Grundrechte der Personen eingreift, desto weniger darf man Privatisieren». Diese Aussage hat auch heute noch Gültigkeit.

Wenn Kantone im Straf- und Massnahmenvollzug an Grenzen stossen, braucht es aus Sicht des VSPB nicht mehr Privatisierung, sondern mehr Investitionen in staatliche Strukturen, genügend qualifiziertes Personal und tragfähige Lösungen innerhalb des öffentlichen Systems.

Der VSPB fordert deshalb, dass sicherheitsrelevante Aufgaben sowie der direkte Umgang mit inhaftierten oder verurteilten Personen grundsätzlich in staatlicher Verantwortung bleiben. Polizei, Justiz und kantonale Behörden müssen auch künftig diejenigen sein, die diesen Auftrag wahrnehmen, mit der nötigen Fachkompetenz, Legitimation und Kontrolle.

#### Für den VSPB ist klar:

Der Staat darf Verantwortung im Kernbereich von Sicherheit und Strafvollzug nicht an Private auslagern.

---

#### Für weitere Informationen:

- Französisch: Emmanuel Fivaz, Präsident, Tel. 076 399 6778
  - Deutsch und Italienisch: Max Hofmann, Generalsekretär, Tel. 076 381 4464
-